

Ein Smiley für die Konjunktur

IW-Konjunkturumfrage. Deutsche Unternehmen sehen ihre Zukunft rosig: Sie investieren und schaffen Jobs. Die deutsche Wirtschaft wird dementsprechend 2011 um gut 3½ Prozent und 2012 um 2¼ Prozent wachsen.*)

Die Frühjahrsumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) unterfüttert die Konjunkturprognose (Kasten Seite 2): Nahezu 60 Prozent der 2.340 befragten Unternehmen bewerten ihre Geschäftslage besser als vor einem Jahr. Die Fortschritte sind überall zu sehen:

- **Produktion.** Der Konjunkturmotor läuft in den Firmen jetzt auf noch höheren Touren. In Westdeutschland gehen 62 Prozent der

Unternehmen für 2011 von einem höheren Output als im Vorjahr aus, in Ostdeutschland sind es 55 Prozent. Pessimistisch sind dagegen – egal ob in Ost oder West – nur etwa 10 Prozent der Betriebe.

Vor Zuversicht strotzt vor allem die Investitionsgüterindustrie – acht von zehn Firmen kalkulieren mit einem Produktionsplus.

Im Jahr 2012 dürfte die Sonne ebenfalls hell vom Konjunkturhim-

mel scheinen. Knapp 50 Prozent der westdeutschen und 41 Prozent der ostdeutschen Betriebe gehen von einer Fortsetzung des Aufschwungs aus. Allenfalls jede zehnte Firma sieht Wolken am Horizont.

Die große Mehrheit der Unternehmen ist inzwischen sogar so euphorisch, dass sie selbst ein Sommergewitter nicht aus der Ruhe bringt. Immerhin befürchten 80 Prozent der Firmen höhere Kosten – etwa bei Rohstoffen und Löhnen.

- **Außenhandel.** Die Erholung der Weltwirtschaft und der intensivere Welthandel haben die Exporttätig-

IW-Konjunkturumfrage: Deutsche Unternehmen strotzen vor Zuversicht

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2011 eine ■ Zunahme oder ■ Abnahme von ...

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Insgesamt	
Produktion	8,8	62,1	10,4	55,4	9,0	61,2
Export	6,2	42,7	6,5	27,4	6,2	40,7
Erträgen	16,0	48,7	18,8	40,4	16,3	47,6
Investitionen	9,7	48,0	13,4	35,6	10,2	46,2
Beschäftigung	7,9	46,7	9,7	39,7	8,2	45,7

Rest zu 100: gleichbleibend; Quelle: IW-Befragung von 1.825 Unternehmen in Westdeutschland und 515 Unternehmen in Ostdeutschland im April/Mai 2011

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwwd 21

In dieser Woche

Studienfachwahl: Erstsemester orientieren sich bei der Entscheidung für eine Studienrichtung stark an ihren schulischen Vorlieben.
Seite 3

Gesundheitsprämie: Mit diesem Konzept lassen sich Fehlsteuerungen im Gesundheitssystem ohne zusätzliches Geld beseitigen.
Seite 4-5

Ostasien: Das Wohlstandsniveau in den vier Tigerstaaten ist inzwischen teilweise höher als in Deutschland.
Seite 6

Pflegesektor: Die Nachfrage nach Gesundheitsdiensten steigt dramatisch, zugleich droht in diesem Bereich ein starker Fachkräftemangel.
Seite 7

Klimapolitik: Die meisten Umweltexperten der Wirtschaft plädieren dafür, dass die Industriestaaten mit gutem Beispiel vorangehen.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln



→ tigkeit der deutschen Unternehmen belebt. Dabei wird es bleiben. Fast 41 Prozent der Firmen setzen auf eine Zunahme der Ausfuhren, nur 6 Prozent meinen, dass sie 2011 weniger ins Ausland verkaufen werden als 2010.

Besonders gute Geschäfte jenseits der Grenzen erwarten die Investitionsgüterhersteller. Rund 72 Prozent der Betriebe gehen hier von einem Zuwachs aus und nur 2 Prozent sehen ihre Felle davonschwimmen.

- **Investitionen.** Die hohe Kapazitätsauslastung veranlasst immer mehr Unternehmen, Geld in neue Maschinen und Anlagen zu stecken. Im Jahr 2011 wollen 46 Prozent der befragten Firmen mehr investieren als 2010. Nur 10 Prozent kürzen ihr Investitionsbudget.

Im Jahr 2012 dürfte dieser Zyklus nicht abreißen – 40 Prozent der Unternehmen haben auch mittelfristig höhere Investitionsausgaben auf der Agenda.

- **Arbeitsmarkt.** Mehr Mitarbeiter als zuvor rekrutieren wollen in diesem Jahr 46 Prozent der Unternehmen. Nur 8 Prozent streichen Stellen, der Rest hält den Personalstand stabil. Eine Schippe drauflegen werden dabei nicht nur westdeutsche Firmen – von ihnen brauchen 47 Prozent mehr Personal; auch im Osten wollen 40 Prozent aller Betriebe mehr Leute beschäftigen als 2010.

Die Beschäftigungsampel steht dabei in allen Branchen auf Grün; am besten sieht es im Investitionsgüterbereich aus. Selbst am Bau geht es in Sachen Beschäftigung endlich wieder aufwärts: Ein Drittel der Baufirmen stellt ein und nur 7 Prozent kündigen Mitarbeitern.

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW-Forschungsgruppe Konjunktur): Solide Dynamik in einem risikobehafteten Umfeld, in: IW-Trends 2/2011

IW-Prognose für 2011 und 2012

Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2010	2011	2012
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,5	1 ¹ / ₂	1
Arbeitslosenquote	7,7	6 ¹ / ₂	6
Arbeitsvolumen	2,6	2	3 ³ / ₄
Produktivität	1,0	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂
Bruttoinlandsprodukt	3,6	3 ¹ / ₂	2 ¹ / ₄
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	0,4	1 ³ / ₄	1 ¹ / ₂
Konsumausgaben des Staates	2,3	1 ¹ / ₄	1
Anlageinvestitionen	6,0	6	3 ³ / ₄
– Ausrüstungen	10,9	11	6
– Sonstige Anlagen	6,4	5	5
– Bauten	2,8	2 ¹ / ₂	2
Inlandsnachfrage	2,5	3	1 ³ / ₄
– Export	14,1	11	5 ¹ / ₂
– Import	12,6	10 ¹ / ₄	5 ¹ / ₄
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,1	2 ¹ / ₂	2
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	-3,3	-1 ¹ / ₂	-1 ¹ / ₂

Stand: Mai 2011; Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw21

IW-Konjunkturprognose: Chancen und Risiken

Die weitere konjunkturelle Entwicklung ist nicht frei von Risiken. Die Nachbeben der Finanzmarktkrise sind noch immer zu spüren. Viele Länder sind hoch verschuldet.

Darüber hinaus wirken Preissprünge bei Rohstoffen – und damit die anziehende Inflation – bremsend auf den Aufschwung. Die politischen Umbrüche in Nordafrika sowie die Natur- und Atomkatastrophe in Japan beeinträchtigen ebenfalls die Weltkonjunktur.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird sich im Prognosezeitraum verschlechtern. In den Jahren 2011 und 2012 sieht sich die deutsche Industrie mit steigenden Löhnen konfrontiert.

Trotz dieses schwierigen Umfelds überwiegen die Trumpfkarten:

- **Außenhandel zieht davon.** Die aufstrebenden Volkswirtschaften werden weiter expandieren, was der deutschen Wirtschaft zugutekommt. Das reale Welthandelsvolumen wird in diesem Jahr um 8 Prozent und 2012 um 7 Prozent steigen.
- **Firmen produzieren auf Kante.** Die Kapazitäten der Industrie waren im ersten Quartal 2011 zu 86 Prozent ausgelastet. Neue Maschinen und Anlagen müssen bestellt werden, um neue Aufträge rasch abzuarbeiten.
- **Der Arbeitsmarkt brummt.** In einigen Monaten des kommenden Jahres wird die Schwelle von 2,5 Millionen Erwerbslosen unterschritten. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland liegt dann wieder auf dem Niveau der frühen 1990er Jahre.
- **Neue Jobs schieben Konsum an.** Die privaten Haushalte sind in Konsumlaune, weil das Risiko abnimmt, arbeitslos zu werden. Einstweilen drohen auch keine höheren Steuern oder Sozialabgaben, die Gift für den Konsum wären.

Frühe Prägung

Studienfachwahl. Ob Germanistik, Physik oder Geschichte – Erstsemester orientieren sich bei der Entscheidung für eine Studienrichtung stark an ihren schulischen Vorlieben.

Bereits in der Oberstufe zeichnet sich häufig ab, wer was studieren wird: Die Wahl eines Studienfachs korrespondiert in Deutschland stark mit Leistungskursen und Prüfungsfächern, die die Studienanfänger zuvor in der gymnasialen Oberstufe gewählt haben. Besonders ausgeprägt ist der Zusammenhang dort, wo sich der universitären Ausbildung konkret ein Schulfach zuordnen lässt – etwa bei den drei am häufigsten belegten Schul-Prüfungsfächern (Grafik):

Zwischen 66 und 75 Prozent der Erstsemester in Mathematik, Anglistik und Germanistik hatten zuvor einen entsprechenden Leistungskurs in Mathe, Englisch oder Deutsch belegt.

Etwas niedriger fallen die Quoten in Physik, Chemie, Geschichte und Geografie aus. Im Studienfach Geografie etwa hatten nur 41 Prozent der Erstsemester zuvor einen Erdkunde-Leistungskurs besucht. Dies hat aber primär organisatorische Ursachen: So gibt es in einigen Bundesländern einschränkende Wahlvorgaben für Prüfungs- und Leistungskurse. Anderswo – vor allem an kleineren Schulen – mag ein Kurs auch einfach aus Kapazitätsgründen nicht zustande gekommen sein.

Auch bei Hochschulfächern wie Jura oder Medizin, die es als Schulfach per se ja nicht gibt, haben sich viele Studienanfänger durch eine

Studienfach: Meist vom Leistungskurs inspiriert

So viel Prozent der Studienanfänger im Wintersemester 2009/2010 in Deutschland hatten zuvor einen Leistungskurs in ...

Erstes Studienfach	Leistungskurse						
	Mathematik	Englisch	Deutsch	Biologie	Geschichte	Physik	Chemie
Mathematik	66	19	25	20	7	17	8
Anglistik	13	74	52	10	14	1	–
Germanistik	15	34	75	20	13	1	2
Biologie	33	20	35	70	6	1	8
Geschichte	13	39	48	16	58	5	1
Physik	72	17	16	6	8	62	3
Chemie	51	25	15	20	9	3	61

Leistungskurs: Schulfächer, die als erstes oder zweites Prüfungsfach belegt wurden
Quelle: HIS Hochschul-Informationssystem

Umfassendere Daten unter www.iwkoeln.de

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Imd 21

entsprechende Leistungskurswahl bereits vorab Kenntnisse für das Studium angeeignet. Beispiel Maschinenbau: Drei Viertel der Erstsemester im Jahr 2009/2010 hatten zuvor Mathe als erstes oder zweites Abi-Prüfungsfach belegt. Auch Medizinstudenten setzen sich häufig schon in der Oberstufe mit ihren künftigen Studieninhalten auseinander: Jeder dritte angehende Arzt hatte Biologie als Leistungskurs.

Weil sich die Hochschulen ihre Studenten in vielen Studiengängen anhand von Fähigkeiten und Leistungen inzwischen aussuchen können, ist es unter strategischen Gesichtspunkten sinnvoll, studienfachbezogene Leistungskurse zu wählen. Andererseits legen sich junge Menschen damit recht früh beruflich fest. Dass das schiefgehen kann, zeigen die Abbrecherquoten: An den Universitäten beenden im Durchschnitt 20 Prozent der Studenten ihr Erststudium nicht, an den Fachhochschulen sogar 22 Prozent.

Hinzu kommt, dass die schulische Laufbahn Männer und Frauen für

unterschiedliche Fachgebiete an den Hochschulen prädestiniert. Denn bereits bei der Wahl der Schul-Prüfungsfächer gibt es große Unterschiede zwischen den Geschlechtern:

Mädchen entschließen sich besonders häufig für Deutsch-, Englisch- sowie Kunst- und Musik-Leistungskurse, während Jungen am liebsten Algebra und Integralrechnung pauken.

So hatte im Wintersemester 2009/2010 fast die Hälfte der männlichen Studienanfänger Mathematik als Leistungskurs beziehungsweise Prüfungsfach; bei den Studienanfängerinnen waren es nur 30 Prozent. Noch unbeliebter sind bei den Mädchen die Fächer Chemie – lediglich 6 Prozent wählten dieses Fach als Leistungskurs – und Physik, für das sich nur 3 Prozent begeistern konnten. Aufgrund der engen Verflechtung von Leistungskurs und Studienfachwahl ist es nicht weiter verwunderlich, dass sich nach wie vor deutlich mehr Männer in Mathematik, Physik und Chemie einschreiben, Frauen hingegen die Germanistik- und Lateinvorlesungen bevölkern.

Effizient und treffsicher

Gesundheitsprämie. Seit Jahrzehnten steigen die Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung nahezu ungebremst. Bislang scheint den Gesundheitspolitikern dazu nicht viel mehr einzufallen als ein Griff in die Taschen der Beitrags- und Steuerzahler. Dass aber grundlegende Fehlsteuerungen angegangen werden können, ohne zusätzliches Geld ins System zu pumpen, zeigt das Konzept der Gesundheitsprämie.*)

Seit dem Jahr 1991 sind die Ausgaben je Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) um 86 Prozent gestiegen. Die beitragspflichtigen Pro-Kopf-Einkommen dagegen haben nur um 48 Prozent zugenommen. Finanzierungslücken in der GKV wurden bislang vor allem über höhere Beitragssätze geschlossen. Zuletzt stieg der Satz Anfang 2011 von 14,9 auf 15,5 Prozent; seit 1991 summierte sich der Anstieg auf 3,2 Prozentpunkte. Dennoch unterstützt auch der Steuerzahler die GKV seit Jahren (Grafik).

Müssten die Versicherten etwa für die ab 2012 geplanten Bundeszuschüsse von jährlich 14 Milliarden Euro aufkommen, läge der Beitragssatz derzeit bei fast 17 Prozent.

Künftig soll der Beitragssatz nicht mehr steigen. Stattdessen werden kassenindividuell Zusatzprämien von jedem Beitragszahler erhoben. Ob damit aber grundlegende Fehlsteuerungen behoben werden können, ist zu bezweifeln.

Hauptursache für die Ausgabenentwicklung sind nämlich Fehlansätze im heutigen System, vor allem,

was die Beitragsfinanzierung angeht – und zwar aus zwei Gründen:

- **Mangelnde Kostenverantwortung.** Weil die Beiträge als Prozentsatz des beitragspflichtigen Einkommens erhoben werden, besteht kein Zusammenhang zwischen der eigenen Zahlung und dem Versicherungsanspruch. In der Folge lohnt es sich kaum, kostengünstige Versicherungstarife nachzufragen. Denn der eigene Beitrag bleibt davon weitgehend unberührt. Steuerzuschüsse lösen den Zusammenhang noch weiter auf.
- **Mangelnde Treffsicherheit.** Finanziell Leistungsfähige zahlen nicht immer auch einen entsprechenden Beitrag – Einkommensbestandteile jenseits der Bemessungsgrenze oder Einkünfte aus anderen Quellen bleiben außen vor.

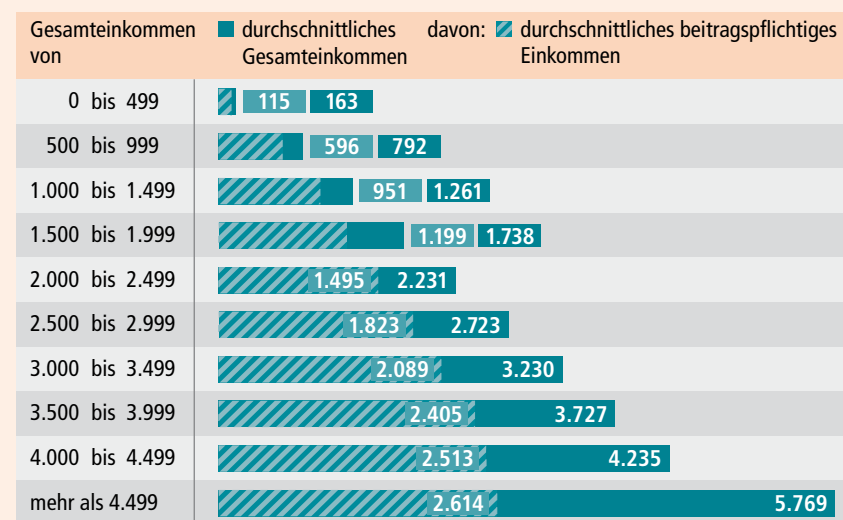
Vergleicht man durchschnittliche Gesamt- und beitragspflichtige Einkommen der Versicherten, dann profitieren vor allem die Beitragszahler in höheren Einkommensklassen (Grafik). Allerdings finden sich weit mehr Versicherte in den mittleren Einkommensgruppen – und das ist entscheidend für die GKV-Financen.

Rund die Hälfte aller beitragsfreien Einkommen entfällt auf Versicherte mit Einkommen zwischen 1.500 und 3.000 Euro pro Monat.

Was folgt daraus? Eine Anhebung der Bemessungsgrenze oder eine Ausweitung der Beitragspflicht auf weitere Einkommensarten mag zwar ein von manchen empfundenes Gerechtigkeitsdefizit heilen – wer aber die Finanzierung der GKV dauerhaft sichern will, der darf nicht nur auf die oberen Einkommen zielen.

Gesetzlich Krankenversicherte: Ein Teil der Einkommen bleibt beitragsfrei

Je Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung in Euro pro Monat



Gesamteinkommen: aus abhängiger Beschäftigung einschließlich Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung, aus selbstständiger Tätigkeit, Vermietung und Verpachtung, Vermögen, Land- und Forstwirtschaft, zuzüglich Arbeitslosengeld I, gesetzliche und betriebliche Rente (einschließlich Beitragsanteile der jeweiligen Träger); Versicherte: ab einem Alter von 20 Jahren aus Haushalten, in denen mindestens eine Person gesetzlich krankenversichert ist
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt
 © 2011 IW Medien · iwd 21
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Beide Missstände – die fehlende Kostenverantwortung und die mangelnde Treffsicherheit – lassen sich mit der Gesundheitsprämie für jeden Bürger beheben (iwd 26/2010).

Mit einem Betrag von 250 Euro je Erwachsenen hätten 2009 sämtliche GKV-Ausgaben finanziert werden können.

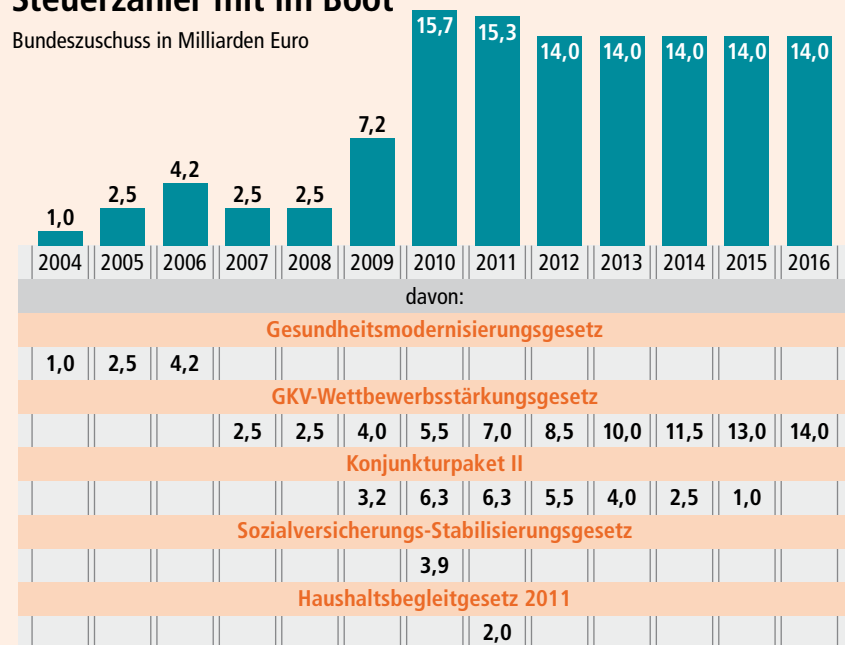
Dabei würden nicht nur Kinder bis zu einem Alter von 20 Jahren beitragsfrei bleiben. Die Finanzierung gelänge auch ohne Hilfe des Steuerzahlers. Der derzeitige Zuschuss ist ohnehin wenig zielgenau. Denn damit sinkt der Beitragssatz auch für Besserverdienende um etwa 1,4 Punkte. Diese Versicherten sind aber keineswegs auf die Solidarität der Steuerzahler angewiesen.

Prämien können im Gegensatz zum einkommensabhängigen Beitrag die Kosten unterschiedlicher Versorgungsmodelle transparent widerspiegeln. Sofern Versicherte bereit wären, sich auf besondere Vertragsärzte zu beschränken, entstünde für AOK und Co. ein Anreiz, die Versorgung ihrer Versicherten auszusprechen, um den Tarif möglichst günstig anbieten zu können. Leistungsanbieter wären dann aufgefordert, sich auch mit Blick auf die Kosten für die Versorgung zu bewerben. Das muss keineswegs zulasten der Qualität gehen. Am Ende bietet ein solcher Wettbewerb die Chance, das Ausgabenwachstum zu bremsen.

Um in einem Prämienmodell niemand über Gebühr zu belasten, sollte nicht nur der bisherige Arbeitgeberanteil in Bruttolohn umgewandelt werden, damit die Versicherten die Prämie stemmen können. Viel-

Gesetzliche Krankenversicherung: Steuerzahler mit im Boot

Bundeszuschuss in Milliarden Euro



Im Zuge des **Gesundheitsmodernisierungsgesetzes** wurde dem gesetzlichen Krankenversicherungssystem ein Bundeszuschuss zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen gewährt. Eine Erhöhung der Tabaksteuer diente der Gegenfinanzierung.

Mit dem **GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz** wurde der Bundeszuschuss für 2007 und 2008 auf 2,5 Milliarden Euro festgeschrieben und sollte ab 2009 dann schrittweise um 1,5 Milliarden Euro pro Jahr aufgestockt werden, bis er ab 2016 seinen endgültigen Umfang von 14 Milliarden Euro erreicht.

Im Rahmen des **Konjunkturpakets II** reagierte der Gesetzgeber auf den befürchteten

Einbruch der Beitragseinnahmen infolge der Wirtschaftskrise und beschleunigte den Aufbau des Bundeszuschusses. Das ursprünglich für 2016 angepeilte Volumen von 14 Milliarden Euro sollte demnach bereits 2012 erreicht werden.

Angesichts weiterer Deckungslücken im Gesundheitsfonds sah das **Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz** einen weiteren Zuschuss in Höhe von 3,9 Milliarden Euro im Jahr 2010 vor.

Schließlich wird mit dem **Haushaltsbegleitgesetz 2011** einmalig ein Zuschuss von 2 Milliarden Euro an den Gesundheitsfonds gezahlt.

ab 2011 vorläufig; Ursprungsdaten: Bundesministerium für Gesundheit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 21

mehr müsste zusätzlich ein Sozialausgleich über das Steuer-Transfer-System unzumutbare Belastungen kompensieren.

Diese Umverteilung ist gezielter als im Rahmen der GKV-Beiträge. Einerseits würden nur diejenigen unterstützt, bei denen das gesamte Haushaltseinkommen überfordert wird. Andererseits wären auch Beamte und privat versicherte Selbstständige und Angestellte an der Finanzierung solidarischer Aufgaben beteiligt. Der Clou ist, dass der Staatshaushalt nicht belastet würde. Das hat zwei Gründe:

Zum einen lässt sich der bisherige Bundeszuschuss zur Finanzierung der Transferansprüche nutzen.

Zum anderen führt die Ausschüttung des Arbeitgeberanteils zu höheren Steuereinnahmen. Zwar bleibt dieser Lohnbestandteil bei der Festlegung des zu versteuernden Einkommens außen vor. Aber es gilt der Progressionsvorbehalt und das spült zusätzliche Einnahmen in die öffentlichen Kassen.

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Politik ohne Geld – Was trotz knapper öffentlicher Kassen getan werden kann, IW-Studien, Köln 2011, 284 Seiten, 42,00 Euro. Bestellung über Fax 0221 4981-445 oder unter www.iwmedien.de

Gut gebrüllt, Tiger

Ostasien. Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur befinden sich im wirtschaftlichen Höhenflug. Selbst die Weltwirtschaftskrise im Jahr 2009 konnte ihnen nichts anhaben. Im Gegenteil: Das Wohlstandsniveau in den vier asiatischen Staaten ist teilweise deutlich höher als in Deutschland.

Die Zeiten, in denen einige fernöstliche Staaten von westlichen Industrieländern nur mit einem müden Lächeln bedacht wurden, sind schon lange vorbei. Dies gilt insbesondere für die sogenannten asiatischen Tigerstaaten Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur. Durch hohe Wachstumsraten ist es diesen Volkswirtschaften bereits in den 1980er und 1990er Jahren gelungen, zu den großen Industrieländern der Welt aufzuschließen. Die wirtschaftliche Dynamik dieser Staaten erinnert an

einen Tiger, der einen gewaltigen Satz nach vorn macht. Ein Blick zurück in die 1990er Jahre zeigt, welches Tempo die ostasiatischen vier dabei an den Tag gelegt haben:

Damals stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den vier Ländern Jahr für Jahr um durchschnittlich 6,2 Prozent.

Und mit großen Sprüngen ging es im neuen Jahrtausend weiter: Während seit dem Jahr 2000 das reale BIP in den Industrieländern um lediglich 18 Prozent zulegen konnte, wuchs es in den Tigerstaaten um gut 50 Prozent. Ganz vorne lag dabei Singapur mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 5,6 Prozent (Grafik).

Damit haben sich die ostasiatischen Volkswirtschaften auf den vorderen Plätzen der internationalen Wohlstandsrankliste etabliert:

Im Jahr 2010 betrug das BIP je Einwohner in Singapur mehr als 56.000 Dollar und in Hongkong fast 46.000 Dollar. Deutschland erwirtschaftete hingegen nur 36.000 Dollar je Einwohner.

Es sind rosige Zeiten in Fernost: Allein 2010 stieg das reale BIP der vier Länder im Schnitt um mehr als 8 Prozent, womit das Minus des Krisenjahres 2009 von nicht einmal 1 Prozent bereits mehr als wettgemacht wurde; auch 2011 dürfte die Wirtschaftsleistung um rund 5 Prozent steigen.

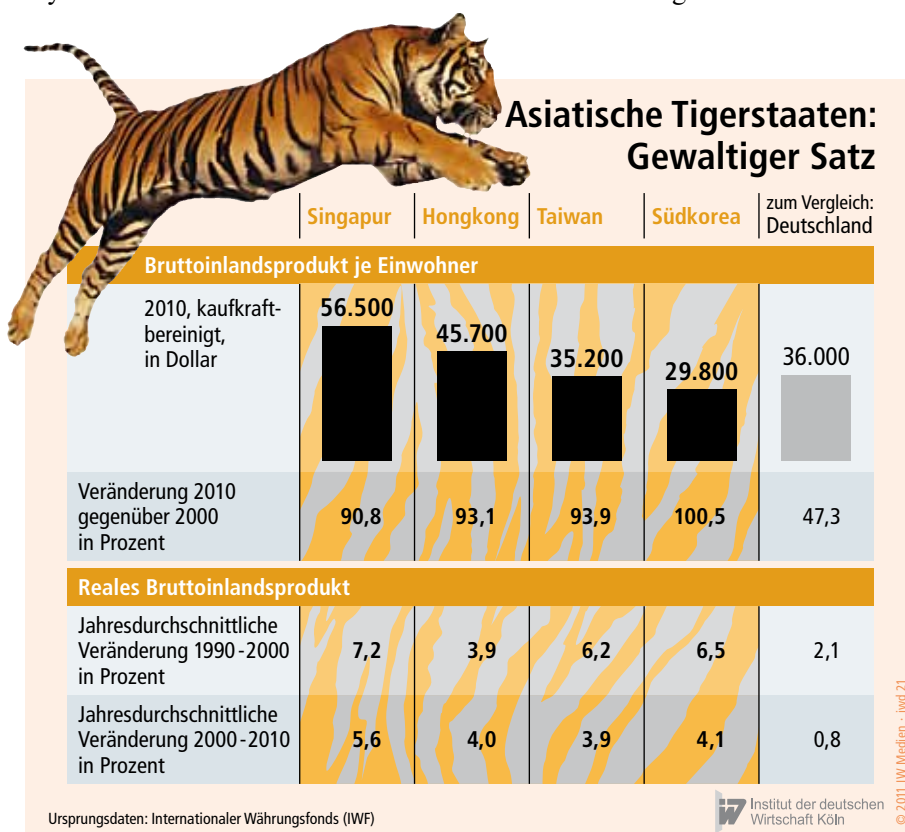
Das Erfolgsrezept setzt sich unter anderem so zusammen:

Dienstleistungen. Stark sind die Tigerstaaten vor allem als Finanzplätze für Banken und im Bildungsbereich. Im Stadtstaat Singapur etwa finden sich neben zahlreichen privaten und ausländischen Bildungseinrichtungen drei staatliche Universitäten.

Exporte. Die Ausfuhren stiegen von 2005 bis 2010 in Südkorea im Jahresdurchschnitt um gut 9 Prozent, in Hongkong und Singapur um über 4 Prozent. Die vier Tiger erwirtschaften seit Jahren teils zweistellige Leistungsbilanzüberschüsse.

Die Stadtstaaten Singapur und Hongkong richteten sich schon früh international aus. So gehören ihre Häfen zu den bedeutendsten Umschlagplätzen der Welt.

Das Wachstum führt zu einer beneidenswerten Beschäftigungsbilanz: In diesem Jahr dürften weit weniger als 4 Prozent der Erwerbspersonen ohne Job sein – nur Taiwan rechnet für 2011 mit einer Arbeitslosenquote von 4,6 Prozent.



Doppeltes Demografieproblem

Pflegesektor. Um ältere und kranke Menschen gut versorgen zu können, ist nicht nur viel Geld erforderlich, auch qualifiziertes Personal ist unabdingbar. Der demografische Wandel sorgt jedoch gleich doppelt für Probleme: Zum einen wird die Nachfrage nach Pflege- und Gesundheitsdiensten in den kommenden Jahren dramatisch steigen. Zum anderen nimmt der Fachkräftemangel in diesem Bereich stetig zu.

Viele deutsche Unternehmen suchen händeringend nach Ingenieuren und anderen Fachkräften im naturwissenschaftlich-technischen Bereich (vgl. iwD 12/2011). Weniger bekannt, doch nicht weniger prekär ist, dass auch im Gesundheits- und Pflegesektor gut ausgebildetes Personal zunehmend zur Mangelware wird. Eine im vergangenen Jahr vorgelegte Studie des Statistischen Bundesamts zeigt das ganze Ausmaß der Misere:

- Schon 2005, als das Bundesamt die Daten für seine Analyse erhob, war der Bedarf an qualifizierten Pflegekräften – z.B. Alten- oder Kranken- bzw. Gesundheitspfleger – größer als das entsprechende Angebot auf dem Arbeitsmarkt. Bislang konnten Pflegedienste, Sozialstationen etc. dies noch durch den verstärkten Einsatz an- und ungelernter Pflege Mitarbeiter ausgleichen.
- Künftig wird sich die Lücke jedoch drastisch vergrößern. Bis zum Jahr 2025 dürfte die Nachfrage nach bestmöglich ausgebildeten Pflegekräften insgesamt um 27 Prozent steigen; in ambulanten und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen sogar um fast 50 Prozent. Zugleich

Pflegesektor: Akuter Fachkräftemangel

So viel Prozent dieser Einrichtungen berichten von einem spürbaren Fachkräftemangel	... erwarten einen Fachkräftemangel
Krankenhäuser	78,9	11,4
Sozialstationen	76,8	17,6
Stationäre Altenpflege	63,6	23,7
Stationäre Jugendhilfe	52,8	30,1
Kurzzeitpflege	50,0	29,2
Ambulante Jugendhilfe	49,2	31,1
Familienpflegestationen	36,0	12,0
Stationäre Behindertenhilfe	35,0	37,1
Betreutes Wohnen für behinderte Menschen	34,4	31,1
Erziehungsberatungsstellen	33,3	35,6
Insgesamt	51,2	23,8

Befragung von 949 Einrichtungen des Pflegesektors zwischen November 2010 und Januar 2011
Quelle: Caritas

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwD 21

ergreifen jedoch nicht genügend junge Leute einen entsprechenden Beruf. Die Folge:

Im Jahr 2025 fehlen voraussichtlich bis zu 200.000 Pflegefachkräfte.

Selbst wenn die dann verfügbaren an- und ungelernten Beschäftigten mit einberechnet werden, ist ein Defizit von 112.000 Pflegekräften zu erwarten.

- In Westdeutschland werden in den kommenden Jahren relativ zur Bevölkerung noch weniger Pflege Mitarbeiter bereitstehen als in Ostdeutschland – entsprechend treten ernsthafte Engpässe im Westen besonders früh auf.

Dass gutes Pflegepersonal bereits heute an vielen Ecken und Enden fehlt oder aber sich ein Mangel abzeichnet, zeigt der aktuelle Geschäftsklimaindex des Caritasverbands – des größten Arbeitgebers in Deutschland, der allein 500.000 hauptamtliche und 500.000 ehrenamtliche Mitarbeiter in mehr als 20.000 Beratungsstellen, Kranken-

häusern, Heimen etc. beschäftigt. Die Caritas-Zahlen sprechen eine deutliche Sprache (Grafik):

Fast 80 Prozent der Krankenhäuser und Sozialstationen haben bereits zu wenig qualifiziertes Personal, weitere 11 bzw. 18 Prozent gehen von einem künftigen Fachkräftemangel aus.

Die meisten stationären Einrichtungen der Altenpflege und der Jugendhilfe müssen ebenfalls mit einer Fachkräftelücke fertig werden. Über alle Bereiche hinweg fehlen dabei sowohl beruflich ausgebildete Pflegekräfte als auch solche mit Hochschulabschluss.

In mehr als der Hälfte der betroffenen Einrichtungen beeinträchtigt der Fachkräftemangel die tägliche Arbeit. Rund ein Drittel sieht durch das Arbeitskräftedefizit zudem künftige Wachstumschancen beeinträchtigt. Für junge Leute, die einen Gesundheits- oder Pflegeberuf ergreifen wollen, hat die Situation allerdings ihr Gutes – dem Nachwuchs winkt ein sicherer Arbeitsplatz.

Kyoto hat ausgedient

Klimapolitik. Die Umweltexperten der Wirtschaft haben recht konkrete Vorstellungen davon, wie ein neues internationales Klimaschutzabkommen aussehen könnte. Die meisten plädieren dafür, dass sogar die Industriestaaten selbst mit gutem Beispiel vorangehen sollten.

Ende 2012 läuft das Kyoto-Protokoll aus, das zurzeit den Beitrag der Unterzeichnerstaaten zum Klimaschutz regelt. Wie danach der Ausstoß der klimaschädlichen Treibhausgase weltweit verringert werden soll, ist unklar. Zwar hat Europa angeboten, seine Emissionen bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 zu verringern – Deutschland will die Emissionen sogar um 40 Prozent senken –, doch ob bei einem neuen Abkommen auch die Klimasünder USA und China mit von der Partie sind, ist längst nicht ausgemacht.

Auch die Umweltexperten der heimischen Wirtschaft haben kein Pa-

tentzrezept für die Rettung des Weltklimas parat. Gleichwohl haben sie Ideen, wie sich die Erderwärmung bremsen ließe (Grafik):

Für 56 Prozent der Unternehmen sollte ein neues internationales Klimaschutzabkommen relative Klimaziele – die beispielsweise an das Wirtschaftswachstum gekoppelt sind – für die größten Emittenten festlegen.

Eine knappe Mehrheit spricht sich zudem dafür aus, dass die Industriestaaten beim Klimaschutz vorangehen sollten. Das heißt aber nicht, dass Europa es allein richten soll – schließlich verursacht Europa nur rund ein Siebtel der weltweiten Treibhausgasemissionen.

Klimaschutz ist eine globale Aufgabe. Die Hälfte der Unternehmen befürwortet daher Investitionshilfen und einen Technologietransfer in Schwellen- und Entwicklungsländer.

Überwiegend skeptisch beurteilen die Betriebe hingegen das noch gültige Kyoto-Protokoll. Nur 23 Prozent der Wirtschaftsvertreter sprechen sich für eine Verlängerung des Programms aus. Die meisten Unternehmen gehen gleichwohl davon aus, dass bei der nächsten UN-Klimakonferenz, die Ende November in Südafrika stattfindet, ein neues Abkommen auf den Weg gebracht wird.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Klimaschutzabkommen: Das wünschen sich die Unternehmen

So viel Prozent der Wirtschaftsvertreter finden, dass in einem neuen internationalen Klimaschutzabkommen ...



Befragung von 176 Umweltexperten der Wirtschaft im Januar 2011
Mehrfachnennungen; Quelle: IW-Umweltexpertenpanel

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 21

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowiec, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.